



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: Das Gedenken an das sog. Ermächtigungsgesetz dient dem Schutz unserer Demokratie

Olching, 21.03.2023

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

Fax: +49 8142 501 3962

michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 2.421

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Anlässlich des 90. Jahrestags des sog. „Ermächtigungsgesetzes“ erklärt Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstfeldbruck:

„Der 24. März ist ein besonders wichtiger Tag gegen das Vergessen. Das so genannte ‚Gesetz zu Behebung der Not von Volk und Reich‘ war die entscheidende Maßnahme der Nationalsozialisten auf dem Weg von einem demokratisch verfassten Staat in eine Diktatur. Die SPD war damals die einzige Partei, die im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte. Konservative und Liberale stimmten der Entmachtung des Parlaments zu, die kommunistischen Abgeordneten waren bereits in Konzentrationslagern oder auf der Flucht. Deshalb ist dieser Tag für die Sozialdemokratie ein Tag mit der historischen Verpflichtung, an den Kampf für soziale Demokratie, Rechtsstaat und eine freie Gesellschaft zu erinnern.“

Das Vergessen historisch wichtiger Ereignisse für unsere demokratische Gesellschaft sei oft keine aktive Tätigkeit, sondern geschehe unbewusst. Rechtsradikale und Verschwörungsgläubige betreiben hingegen bewusste Geschichtsklitterung. „Was im Herbst 2020 geschah, ist eine perfide Verdrehung von Tatsachen. Querdenker und Verschwörungsideologen verglichen Gesetze der Bundesregierung wie das Infektionsschutzgesetz mit den Nazis“, sagt Schrodi. „Alle Corona-Gesetze wurden zum Schutz der Menschen beschlossen. Das Ermächtigungsgesetz von 1933 hingegen hat die Menschen schutzlos gemacht.“

Mit dem Ermächtigungsgesetz wurde die Demokratie abgeschafft und das Parlament entmachtet. Als letzte freie Rede im Reichstag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes gilt jene des damaligen SPD-Vorsitzenden Otto Wels. Wels



sagte damals: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

„Wer landete heute im Gefängnis, weil er montags unangemeldet spazieren ging? Was darf heutzutage alles angeblich nicht gesagt werden, was gleichzeitig aber jeden Tag an die Mail-Adressen von Politikerinnen und Politikern geschickt wird? Und wo, bitteschön, wurden Parlament oder Gerichte entmachtet, wenn Klagen gegen das Infektionsschutzgesetz zugelassen wurden?“, fragt Schrodi.

Eine große Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat gingen heutzutage davon aus, dass Rechtsradikale und sog. Querdenker ihre Meinungsfreiheit nutzten, um Geschichte zu verdrehen und gleichzeitig Nazi-Terror und Angriffskriege zu verharmlosen. Das beste Mittel gegen solche Angriffe auf unsere Demokratie ist eine aufgeklärte Gesellschaft, die sich ihrer Geschichte bewusst ist.